



Jean-Claude Reding

Der 59-Jährige ist seit 2009 Präsident des OGBL, der mit über 69.000 Mitgliedern mit Abstand größten luxemburgischen Gewerkschaft. Zuvor war er deren Generalsekretär. Der ehemalige Lehrer und aktive Umweltschützer präsidiert auch die Chambre des Salariés (CSL).

ARBEIT UND SOZIALES

Die neue Regierung spricht von „sozialer Selektivität“. Das ist für einige Gewerkschafter ein rotes Tuch. Manch einer befürchtet Sozialabbau, während die Menschen unter einer steigenden Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit hat in den vergangenen Jahren besorgniserregend zugenommen. Wie es mit dem Sozialdialog weitergeht, was die Aussichten der Arbeitnehmer, aber auch der gesellschaftlichen Kohäsion in Luxemburg betrifft, ist eine Frage, die sich nicht nur die Gewerkschaften stellen, wo mit dem OGBL die größte zuletzt gestärkt aus den Sozialwahlen hervor gegangen ist.

TEILWEISE KÜHNE VORSCHLÄGE

Unsere neue Regierung ist mit dem Anspruch angetreten, eine demokratische Erneuerung in die Wege zu leiten. Sie hat diesbezüglich interessante und teilweise kühne Vorschläge in den Vordergrund gerückt, wie eine Ausweitung des Wahlrechts für Nicht-Luxemburger und Jugendliche, die Trennung von Kirche und Staat. Das ist mutig und sollte von allen fortschrittlich denkenden Menschen unterstützt werden.

Demokratische Erneuerung ist aber mehr und bedeutet für mich, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter die Gewerkschaften, die Patronatsorganisationen, die Umweltorganisationen, Institutionen wie die Berufskammern in die großen politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden, beispielsweise bei den neuen europäisch vorgeschriebenen und kontrollierten Haushaltsprozeduren.

Demokratie darf und kann sich allerdings nicht auf die Politik beschränken, Demokratie muss auch die Wirtschafts- und Arbeitswelt erfassen. Der Mangel an demokratischer Kontrolle der Wirtschaft ist eine Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 durch falsche unternehmerische Entscheidungen verursacht wurde, Entscheidungen, die von kurzfristigem Profitdenken geprägt waren. Viele Banker und Manager hatten und haben noch immer vergessen, dass Eigentum verpflichtet und dass unternehmerische Tätigkeit langfristige Ziele haben soll, nicht bloß die persönlichen Interessen berücksichtigen soll, sondern auch die allgemeinen Interessen. Weil dies aber nicht selbstverständlich ist, brauchen wir mehr demokratische Kontrolle über die wirtschaftliche Tätigkeit. Deshalb brauchen wir auch starke arbeits- und sozialrechtliche Normen und mehr Mitbestimmungsrechte für die Arbeitnehmer und ihre Vertreter.

Gerade deshalb ist die neue Regierung gefordert, das Gesetzesprojekt über den Sozialdialog in den Betrieben schnellstens zu stimmen und in Kraft zu setzen. Auch wenn es nur einen bescheidenen Fortschritt bedeuten würde, so wäre es doch ein wichtiges Zeichen.

Die neue Regierung wird von vielen Menschen als Antwort auf eine verkrustete, von einer Partei dominierten politischen Landschaft begrüßt. Sie erwarten eine neue Politik. Ich möchte aber daran erinnern, dass die alte Regierung auch Stimmen verlor, weil sie falsche Antworten auf die Krise gab. Antworten, die zu zunehmenden Ungleichheiten in unserer Gesellschaft führten, die die Einkommen vieler Menschen schmälerten, die zu einer zunehmenden Angst vor sozialem Abstieg führten.

Hier muss ein anderer Kurs eingeschlagen werden. Reformen dürfen nicht weiterhin Synonym für Sozialabbau sein. Wenn es hier zu einem Umdenken kommt, kann die neue Regierung auf den OGBL als konstruktiven Partner setzen. Falls sie die falsche Austeritätspolitik der alten Regierung weiter führt, wird sie aber mit dem Widerstand des OGBL rechnen müssen. Die Sozialwahlen, bei denen der OGBL die Zustimmung von 60 Prozent der aktiven und pensionierten Arbeitnehmer erhielt, geben ihm die demokratische Legitimation dazu.

Reformen dürfen nicht Synonym für Sozialabbau sein.
